Aufruf

„aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“

Offener Brief
an
Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann
von
Tristan Abromeit

vom 22. Januar 2002

Anhang / Anlagen:

- Können die Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein?
- Brief von: kleine Schwester Monika-Maria von Jesus, Frankfurt, 8.4.2001
- Über das Trauma der Sozialdemokratie von Werner Zimmermann, 1959
- Lehren aus dem Fall Kleinhappl ... von Johannes Heinrichs, Juli/August 1996
- Ein Leben zwischen den Rädern der Systeme, in memoriam Dr. Ernst van Loen
- Nur unter Opfern, von Susanne Iden, HAZ vom 4. 2. 2002
- „Völlig von Männern dominiert“ / Margot Käßmann sieht das Weltwirtschaftsforum kritisch, von Barbara-Maria Vahl, HAZ vom 4.2. 2002
- „Krise der Familie ist eine Herausforderung“ „...Landesbischöfin Margot Käßmann fordert mehr soziale Gerechtigkeit“, dw, HAZ vom 21. 1. 2002.

Tristan Abromeit
E-Mail: Abromeit@T-Online.de
2. Januar 2002

Beitrag für (r)evolution oder CGW-Rundbrief

Können die Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein?

In der Ausgabe des Magazins „Der Spiegel" Nr. 49 vom 3. 12. 01 steht eine Buchbesprechung über die „Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland", Alibri Verlag, Aschaffenburg, 436 Seiten, DM 48,--. Zu lesen ist unter anderem: „Die Kirchen klagen über rückläufige Steuereinnahmen und leer Kassen. Doch ein Wissenschaftler hat errechnet: Die Chriten-Institutionen sind die reichsten Unternehmer der Republik." An anderer Stelle heißt es: „Beide Kirchen, so hat der Autor errechnet, besitzen alles in allem 6,8 Milliarden Quadratmeter Grund und Boden - etwa dreimal so viel wie Bremen, Hamburg, Berlin und München zusammen. Allein auf evangelischen Boden stehen 75062 Gebäude. Mal auf Filetgrundstücken in der City, mal am Dorfanger. Die Katholiken vermochten keine Zahl zu nennen." Insgesamt hat der Verfasser 981,1 Milliarden Mark errechnet.

Das Problem ist nicht, daß die Kirchen Vermögen haben, sondern daß dieses Vermögen den gesellschaftlichen Einfluß und das Einkommen kirchlicher Funktionsträger sichern hilft. Die Bereitschaft zu Reformen wird man auch unter Kirchenangestellten finden. Nur wird es so wie bei der Kirchensteuer sein. Wenn sich innerkirchlich eine kritische Stimme erhebt und sagt, daß kirchliche Privilegien nicht zu einem weltanschaulich neutralen Staat und der Reichtum nicht zu der Lehre Jesu passen, wird diese sehr schnell vom jeweiligen Kassierer mit dem Hinweis, ob man denn auf sein Gehalt verzichten wolle, zum Schweigen gebracht. Wer von den Kirchen lebt, wird im Ernstfall selten zu den Reformern gehören. Das ist ähnlich so wie bei den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die sich auch gegen jede Änderung sträuben, die den eigenen Status gefährden könnten. Ob und wie man diese Haltung und Ängste ändern kann, weiß ich nicht. In der Regel bedarf es eines großen oder inneren Druckes, der sich aber unter Umständen nur in Jahrhunderten aufbaut. Zu diesem Schluß kann man kommen, wenn man bei P. J. Proudhon (1809 - 1865) in seinem Buch „Was ist Eigentum - Erste Denkschrift" folgende Fußnoten liest:

Es wäre ein interessantes und ausgiebiges Thema, die Schriftsteller der Reihe nach zu betrachten, die über den Wucher geschrieben haben oder, wie sich einige zweifellos euphemistisch ausdrücken, über den Kapitalzins. Die Theologen haben von jeher den Wucher bekämpft; da sie aber immer die Legitimität des Pacht- und Mietzinses zugestanden und da die Identität des Mietzinses und des Darlehns auf Zinsen klar zu Tage liegt, haben sie sich in ein Labirinth von Subtilitäten und Unterscheidungen verirrt, daß sie schließlich gar nicht mehr wußten, was sie über den Wucher denken sollten. Die Kirche, die Herrin der Moral, ist in ihrem verblendeten Stolz über die Reinheit der Lehre, in einer beständigen Unwissenheit über die wahre Natur des Eigentums und des Wuchers verblieben: sie hat sogar durch den Mund ihrer Pontifizes die kläglichen Irrtümer darüber verkündigt. Non potest mutuum, sagte Benedikt XIV. Locationi ullo pacto comparai. „Die Einrichtungen von Renten, meint Bossuet ist eben so weit vom Wucher entfernt wie der Himmel von der Erde".Wie will man mit derartigen Ansichten Darlehen auf Zinsen verdammen? Wie will man vor Allem das Evangelium rechtfertigen, das doch den Wucher in aller Form untersagt? Daher ist die Mühe der Theologen

auch grenzenlos: da sie den evidenten Beweisen der Nationalökonomen, die mit Recht den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellen, Nichts zu erwidern wissen, wagen sie nicht mehr den Kapitalzins zu verurteilen und es bleibt ihnen Nichts übrig als zu erklären, daß - da doch das Evangelium den Wucher verbietet - doch wohl etwas Wucher sein muß. Aber was ist denn eigentlich der Wucher? Nichts ist vergnüglicher, als diese L e h r e r der N a t i o n e n zwischen der Autorität des Evangeliums, das, wie sie sagen, n i c h t u m s o n s t g e s p r o c h e n haben kann, und der Autorität der ökonomischen Beweise hinundherschwanken zu sehen; meiner Meinung nach erhöht Nichts den Ruhm dieses Evangeliums mehr, als diese alte Untreue seiner angeblichen Lehrer. Salmasius, der den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellte, wurde durch Grotius, Puffendorf, Burlamaqui, Wolf, Heineccius widerlegt; und was das Merkwürdigste an der Sache ist, Salmasius s a h s e i n e n I r r t u m ein. Anstatt aus dieser Gleichstellung des Salmasius zu schließen, daß jedes Eigentum widerrechtlich sei und von da aus zu dem Beweise der evangelischen Gleichheit zu gelangen, zog man grade den entgegengesetzen Schluß daraus: nämlich daß, da der Pacht- und Mietzins nach dem Urteil der ganzen Welt gestattet ist, und wenn man zugiebt, daß sich der Kapitalzins in Nichts davon unterscheidet, es gar Nichts mehr gäbe, was man mit dem Namen Wucher belegen könnte und folglich das Gebot Jesu Christi eine T ä u s c h u n g, ein N i c h t s wäre, das man ohne Gottlosigkeit nicht zulassen dürfe.

Wäre mein Buch zu Boffuet's Zeiten erschienen, so hätte der große Theologe durch die heilige Schrift, die Kirchenväter, die Tradition, die Konzile und die Päpste bewiesen, daß das Eigentum göttliches Recht sei, der Wucher dagegen eine Erfindung des Teufels; und dies ketzerische Werk wäre verbrannt und der Autor in die Bastille gesteckt worden. (S. 214 /215)

„Ich verkünde das Evangelium, ich lebe vom Evangelium" sagte der Apostel, womit er bezeichnen wollte, daß er von seiner Arbeit lebe: der katholische Klerus hat es vorgezogen vom Eigentum zu leben. Die Kämpfe der Gemeinden im Mittelalter gegen die Äbte und Bischöfe, die großen Eigentümer und Herren, sind bekannt: die päpstlichen Exkommunikationen nicht weniger, die zur Verteidigung der kirchlichen Privilegien erlassen wurden. Selbst heutzutage behaupten die offiziellen Organe des gallikanischen Klerus noch, daß die Besoldung des Klerus keine Staats-Gehalte, sondern vielmehr eine Entschädigung für das, was er einst besessen und was ihm der dritte Stand im Jahre 89 entrissen hatte. Der Klerus will lieber einen Unterhalt dem Eigentumsrecht als der Arbeit verdanken.

Eine der größten Ursachen des Elends in Irland sind die ungeheueren Einkünfte des anglikanischen Klerus. Ketzer wie Orthodoxe, Protestanten, Papisten, haben sich also Nichts vorzuwerfen: alle haben in gleicher Weise in der Gerechtigkeit gerirrt, alle haben das achte Gebot verkannt: Du s o l l s t n i c h t s t e h l e n. (S. 218 /219)

--- TA ---

Anmerkung für die Redaktion: Zum Abgleich füge ich Kopien der Zitate aus dem Buch bei. Ich habe mich beim Zeilenumbruch an der Vorlage gehalten. Bei der kleinen Schrift hatte ich Mühe das s vom f zu unterscheiden.
Bei Bedarf kann ich den Text - wenn er nicht in den PC eingelesen werden kann als Diskette oder E-Mail-Anhang schicken. Gewünschtes Dateiformat angeben. Ich werde dann prüfen, ob ich den Text mit dem Format speichern kann.

Gruß *Tristan Abromeit*

kleine Schwester Monika-Maria von Jesus (Krohns)
Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III
Obere Kreuzäckerstr. 4
60435 Frankfurt am Main

Frankfurt, den 8.4.2001

„Doch der Weg zu den Quellen führt
gegen den Strom"

Franz Jägerstätter

Grüß Gott,

vom 9. April bis 12. April werde ich in Frankfurt-Preungesheim meine 4-tägige Zwangshaft "absitzen". Was war der Anlaß?

Bannmeilenverletzung: Ich habe zusammen mit 10 anderen TeilnehmerInnen des Ökumenischen Pilgerweges an der Einfahrt zum Bundeskanzleramt neben einem Transparent gestanden. Es hatte die Aufschrift: "Schuldenstreichung für die Dritte Welt". Wir rollten das Transparent sofort ein und verließen den Ort, als die Polizei uns aufforderte. Das Anliegen war, am Tag vor dem G7-Gipfel im Juni 99 auf die Auswirkungen der Geldgeschäfte für viele Menschen, ganze Völker und unsere Demokratie hinzuweisen. -- Dazu zwei Beispiele:

① Wenn ich jemandem erzähle, daß 100 000 DM auf Kredit aufgenommen wurden, innerhalb von 16 Jahren 400 000 DM zurückgezahlt wurden

und dann immer noch von demselben Kredit 400 000 DI Schulden bestehen, bekomme ich als Antwort: "Das stimmt doch nicht, das kann doch gar nicht sein!"

> Das Komitee für den Schuldenerlass der Dritten Welt (CADTM) in Brüssel hat ausgerechnet, dass *»die Länder der Peripherie von 1982 bis 1998 das Vierfache ihrer Verbindlichkeiten bezahlten, ihre Auslandsschulden aber trotzdem 1998 viermal so hoch waren wie 1982«.*

(aus: connection 6/2000 S.53)

② Wenn ich sage, was würden Sie tun, wenn ein Privatkonzern sich eine Teilstrecke einer deutschen Autobahn nimmt und Gebühren dafür verlangt als private Einkünfte ...? ... ich stelle mir vor, daß wir dann protestieren und sagen "da kann ja jeder hingehen ... die Autobahn ist eine öffentliche Einrichtung, die allen gehört."
Beim Geld schweigen wir merkwürdigerweise, obwohl es eine öffentliche Einrichtung ist und uns allen im Land in gleicher Weise gehört. Die Gebühren, die auf das Geld gelegt werden, nennen sich Zinsen und diese verteilen in ständig zunehmenden Weise das öffentliche, allen gehörende Geld auf private Banken. Mittlerweile zahlt der Bundeshaushalt, wir alle, enorme Summen von Geldgebühren (= Zinsen) in private "Hände": 1,3 Milliarden täglich! Das sind etwa 9x soviel wie die gesamte jährliche Sozialhilfe. (connection 6/2000 S.53). Unser Staat steuert der Zahlungsunfähigkeit

entgegen und wir schweigen ....

Unsere Grundverfassung, unsere Demokratie, das Leben von Menschen und Völkern stehen auf dem Spiel.

Es ist merkwürdig, daß auf das Stehen neben einem Transparent: "Schuldenstreichung für die Dritte Welt" in der Bannmeile 4 Tage Zwangshaft erfolgen, ohne die Bereitschaft den ungeheuren Verstößen gegen Menschen- und Grundrechte unserer Demokratie ernsthaft nachzugehen.

Ich wünsche und hoffe, daß all dies zu einer Nachdenklichkeit beitragen kann.

Es grüßt

Kleine Schwester Monika - Maria
von Jesus

Aus *telos - DIE WELT VON MORGEN* Heft 1 /1959,
Begründet 1924 von Will Noebe und R.H. Francé, Hrsg. Dr. Will Noebe †
Brief von Werner Zimmermann an den Begründer und damaligen Herausgeber der Zeitschrift
Das Gespräch aus der Ferne
Vierteljahreshefte zu wesentlichen Lebensfragen unser Zeit,
1946 gegründet von Dr. Hans Dahmen, weitergeführt von Liselotte Faltz (1978) und Dr. Michael Günther (1990).
heute herausgegeben und redigiert von Dr. Günter Geschke und Ruth Kuntz-Brunner
e-mail: dasgespraech@compuserve.com
(Ob der Brief damals auch im „Gespräch ..." veröffentlicht wurde, habe ich noch nicht geprüft. TA, 3/2001)

Über das Trauma der Sozialdemokratie

Werner Zimmermann
c/o Obara, Tamagawa Gakuen, Machida Ci t y / Tokyo-to / Japan.

Lieber Dr. Dahmen,

seit vielen Jahren wird mir Ihr Monatsblatt zugestellt. Dafür möchte ich mich einmal herzlich bedanken. Immer, wenn ich dazu komme, darin zu lesen, freut mich der Mut zur sachlichen Wahrheit, das Vertrauen zur Freiheit, die Weite der Schau. Viele Anregungen haben mich bereichert und konnten als gute Saat weitergetragen werden. Ich arbeite regelmäßig mit an den monatlichen „Drei Eichenblätter", Ulmenstr. 9, München 9.

Dieser Tage hat mich in Japan auf einer vierten Weltreise Ihr Blatt Nr. 139 vom Mai 1958 erreicht, Darin findet sich an erster Stelle ein Aufsatz von Dr. **Eugen Steinemann**, Zürich, über „V e r l u s t und Wie d e r b e g i n n d e r E i n h e i t".

Diese Abhandlung, übernommen aus dem Blatt des Escherbundes „Der neue Bund", Zürich, ist ein Meisterwerk, in ihrer Ganzheit wie in vielen Teilen. Sie wirkt wie die reife Frucht eines Lebens voll edlen sozialen Ringens. So spricht die Weisheit reicher eigener Erfahrung, die von hoher Warte her das Zeitgeschehen der letzten Jahr zehnte sichtet. Solche Worte haben Gewicht und Wirkung. Sie weisen Wege in eine lichtere Zukunft. Viele in Ihrem Freundeskreise werden sie dankbar aufnehmen und weiterreichen.

Nun findet sich in dieser ausgezeichneten Rundschau ein Satz, der nach meinem Empfinden als unerwarteter Mißton die ausgewogene Harmonie unnötig stört. Das ist der Grund, warum ich Ihnen und auch Dr. Steinemann schreibe. Der Satz lautet:

„Begeisterung ohne Maß wird zum Fanatismus, wie er bei Kommunisten und etwa auch bei *Freigeldnern* vorkommt, für die eine bestimmte Strategie oder ein *Trick der Geldpolitik* alles bedeutet."

Die beiden Stellen sind von mir hervorgehoben, nicht vom Verfasser. Für einige Leser seien beide Ausdrücke etwas erläutert:
„Freigeldler" nennt Steinemann die Leute, die eine Gesundung des Geldwesens im Sinne der natürlichen Wirtschafts-Ord nung Silvin Gesells, der Freiwirtschaft, der frei-sozialen Ordnung erstreben.

„*Ein Trick der Geldpolitik*": Damit ist die Schaffung eines ehrlich dienenden Geldes von fester Kaufkraft und gesichertem Umlauf gemeint.

Warum wird da von einem „Trick" gesprochen? Das sei durch ein vergleichendes Beispiel angedeutet.

Der Trick mit dem Benzin
Ein Auto bleibt unterwegs stehen. Die Ursache ist sehr einfach: das Benzin im Wagen ist aufgebraucht. Die Abhilfe ist selbstverständlich: Es muß Benzin nachgefüllt werden. Dann wird der Wagen wieder laufen.

Im Wagen sitzen ein Sozialreformer, ein Erzieher, ein Philosoph und ein frommer Mann. Sie wissen nicht, warum der Wagen nicht mehr läuft. Jeder versucht es auf seine Art und aus seinem Denkbereich zu ergründen. Sie sind so gescheit, so gebildet, so fromm und idealistisch, daß sie das Nächstliegende nicht sehen können.

Benzin nachfüllen? Welch ein banaler Gedanke. Geistloser Materialismus! Darin ist nichts von philosophischer Schau, von Gottvertrauen! Nur Erziehung kann umfassende Wandlung bringen! Der Mensch ist zu ändern, nicht bloß der äußere Stoff, die Werkzeuge und Ordnungen!

Benzin nachfüllen? Wie soll ein solcher Trick mit simplem Stoff etwas Wesentliches in Ordnung bringen können! Nur einseitige Fanatiker können an solche Wirkungen glauben! Niemals werden sie uns helfen!

Heute noch diskutieren die vier mit überschwenglichen Worten und betrachten sich als die einzig wahren Weltverbesserer. Doch ihr Wagen läuft immer noch nicht - und wird es ohne Benzin auch nie tun - wenn die vier ihn nicht stöhnend und schwitzend selber schieben wollen.

Ich weiß, mein Beispiel mit dem fehlenden Benzin wirkt absurd.Doch hören wir nun, was ein Vergleich mit der Geldpolitik klarmachen will.

Geld als Blut der Volkswirtschaft
Geld als Tauschmittel ist das Blut der arbeitsteiligen Wirtschaft. Wo es willig kreist, da blühen Arbeit, Verdienst und Wohlstand. Wo es fehlt oder stockt, da kommen Hunger, Not, Verzweiflung und rufen nach faschistischer oder kommunistischer Diktatur.

Deutschland hat reiche Erfahrung mit Auswirkungen schlechter und guter Geldpolitik. 1923 hat die große *Inflation* Millionen redlicher Bürger all ihrer Ersparnisse beraubt und sie in bittere Not gestoßen. 1929 - 1933 hat die große *Deflation*, die bewußte Verminderung der Geldmenge von rund 5 auf 3 1/2 Milliarden Reichsmark 7 Millionen Arbeitslose auf die Straße geworfen. Aus Verzweiflung haben diese Massen mitgeholfen, *Hitler* in den Sattel zu heben, Die Auswirkungen kennen wir: Krieg, Vernichtungslager, Teilung Deutschlands und der Welt in die großen zwei feindlichen Lager, mit atomarem Wettlauf der Rüstung und radioaktiver Vergiftung der ganzen Erde schon in „Friedenszeit".

West-Deutschland nach dem Kriege kenne ich durch viele Vortragsreisen seit 1946. Die schlagartige Veränderung des ganzen sozialen Lebens, des kulturellen wie des wirtschaftlichen und politischen, mit dem Tage des *20. Juni 1948* habe ich mit erlebt. Was ist an diesem Tage geschehen? Es ist „nur" ein kleiner „Trick der Geldpolitik" angewendet worden. Man hat die inflatorisch entwertete Deutsche Reichs-Mark, zu der niemand mehr Vertrauen haben konnte, ersetzt durch die verhältnismäßig stabile Deutsche Mark (DM).

Ergebnis? Über Nacht wurden wieder Nahrungsmittel und Waren auf dem Markte offen ange-

boten, die jahrelang nur in umständlichem und zeitraubendem Tauschhandel hatten ergattert werden können. Und das „westdeutsche Wirtschaftswunder" begann aufzublühen und die ganze Weit in Staunen zu versetzen. Es war nur möglich und nur ausgelöst durch den „Kniff" einer Änderung im Geldwesen.

Es sei betont: dem 20. Juni 1940 ging keinerlei Aufklärung, keine Umerziehung des Volkes, keine religiöse Erneuerung, keine philosophische Erleuchtung großer Volkskreise, keine Änderung sozialer Programme der Parteien oder Massen voraus. Nur in Verwaltung und Gestaltung des Stoffes und Werkzeuges „Geld" wurde von wenigen führenden Leuten etwas geändert. Und damit floß wieder Benzin dem Motor zu, kreiste das Blut in der Wirtschaft, atmete und blühte das *ganze* Volksleben unerwartet und ohne Zögern wieder auf. Benzin und Geld: der Vergleich stimmt im wesentlichen.

Und dennoch werden Einwände erhoben: wenn nicht gegen das Einfüllen von Benzin in einen. Wagen, so doch gegen „Kniffe" und Änderungen im Geldwesen als wesentlicher Voraussetzung einer umfassenden sozialen Gesundung! Steinemann ist da nur einer von sehr vielen Kritikern. Dabei ist er ein derart gescheiter und erfahrener und gütiger Mann. Wie ist so etwas möglich?

Trauma

Die Tiefenpsychologie kennt den Begriff des Traumes als einer Krankheitsursache, die ein ganzes Leben lang unbewußt andauern und sich verderblich auswirken kann. Ein Kind oder junger Mensch wird durch ein starkes unerwartetes Erlebnis erschreckt, erschüttert. Er vermag es nicht zu verarbeiten. So verdrängt er es ins Unterbewußtsein, Dort staut und ballt sich die zugehörige Kraft. Sie kann nicht abklingen. Sie lauert als ständige Gefahr darauf, ausbrechen und dem unterdrücken den Bewußtsein einen Streich spielen zu können.

Viele seelische Krankheitserscheinungen, manch ein unerklärliches menschliches Versagen sind auf solche Verdrängungen zurückzuführen. Sie lassen sich ausheilen, wenn der Kranke den Mut hat, sich den Tatsachen zu stellen, daraus zu lernen und sich zu wandeln.

Die kritische Bemerkung gegen einen „Geldkniff" ist dem Wesen der wohlüberlegten Abhandlung Steinemann fremd. Sie läßt auf ein Trauma schließen. Auch dessen Art wird im Aufsatz angedeutet. Der Verfasser erwähnt, er sei Sozialdemokrat. Dies führt zu einem Einblick in die größte Tragik der Weltgeschichte der letzten hundert Jahre.

Die soziale Frage

Es kann in den Völkern und auf Erden keinen Frieden geben, ehe die soziale Frage gelöst wird, Eine frei-soziale Ordnung ist das Ziel. Sie will Freiheit und Brüderlichkeit in höherer Einheit verbinden und Ausbeutung und Zwang überwinden. Sie will die Fehler und Mängel der kapitalistischen wie der kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftsformen ausmerzen und deren erstrebte Ideale verwirklichen.

Der bürgerlich-kapitalistischen Welt des 19. Jahrhunderts ist es nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Ihr Versagen hat Männer wie Proudhon und Karl Marx veranlaßt, nach Lösungen zu suchen. Die Bemühungen der Sozialisten und Kommunisten greifen meistens auf Vorschläge Marx' zurück, wie er sie im ersten Band seines Werkes über das Kapital entwickelt hat. Das ist bis heute so geblieben, trotz bitterster Erfahrungen.

Am folgerichtigsten wird den roten Propheten Marx und Lenin in Rot-Rußland, Rot-China und von den Regierungen der versklavten Völker dieses Machtbereiches gehuldigt. Die Ergebnisse

sind bekannt. Eine Handvoll neuer Herren wurde zu unumschränkten Herrschern über ein völlig entrechtetes Proletariat. Der Staat starb nicht ab, sondern wuchs zu einem Ungeheuer an, das jede freiheitliche Regung unerbittlich abwürgt, durch Panzer und durch Galgen. Eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt zu Versklavung des Menschen, nicht zu seiner Befreiung.

Zweimal Karl Marx

1867 ist der erste Band des Werkes „*Kapital*" von Karl Marx erschienen. Darin wird als Weg zur Befreiung des Menschen eine Verstaatlichung der Produktionsmittel vorgeschlagen. Doch Marx arbeitet weiter und widerlegt in weiteren zwei Bänden, in drei dicken Büchern, die Hauptthesen seines ersten Bandes. Erst nach seinem Tode haben *Karl Kautsky* und *Friedrich Engels* , seine Freunde und Mitarbeiter, 1885 bis 1894 diese weiteren Bände II und III herausgegeben.
Darin deutet Marx die *freiheitliche* Lösung der sozialen Frage an, *ohne Verstaatlichung der Produktions mitte*l. Dabei wäre *Schaffung eines dienenden Geldes* eine *Grundvoraussetzung. Karl Kautsky,* Mitverfasser des Erfurter Programms der SPD vom Jahre 1891 hat auch geschrieben:

„Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns nur deshalb zum Ziele, weil sie uns bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen.
Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen ist, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles!"

Leider haben solche Einsichten nicht vermocht, die führenden Sozialisten aus ihren alten Dogmen zu befreien, bis heute nicht. Marx selber ist daran mitschuldig. *Th. G. Masaryk*, später Staatspräsident der Tschechoslowakei, hat festgestellt:
„Das ist das Eigentümliche bei Marx, daß er oft neben die unrichtige Ansicht eine bessere stellt und trotzdem an der unrichtigen festhält."

Der große Irrtum

Nach dem ersten Weltkrieg versuchten in der Schweiz einige Sozialdemokraten unter Führung von *Fritz Schwarz* ihre Parteileitung zu bewegen, sich von den Irrtümern von Marx I zu befreien und die freiheitliche Lösung von Marx III aufzugreifen. Die praktischen Vorschläge dazu hatten sie bei *Silvio Gesell* und seiner Geld- und Bodenreform gefunden, Sie hatten keinen Erfolg. Sie wurden mit dem Spottnamen „Freigeldler" bekämpft und aus der Partei ausgestoßen. Diesen Ausdruck hat nun Steinemann wieder aufgegriffen.

Fritz Schwarz hat 1922 in einer Schrift „Der große Irrtum der Sozialdemokratie" diese Grundfragen eindeutig geklärt. Er wurde zu einer überragenden Gestalt der Bewegung für Frei-Soziale Ordnung, für Freiwirtschaft. Während Jahrzehnten hat er im Großen Rat des Kantons Bern für seine Ideale gewirkt, geachtet auch von vielen politischen Gegnern.

Ähnliche Richtungskämpfe innerhalb der sozialistischen Bewegungen gab er auch in Deutschland.

Trauma Geldfrage
Diese Abklärungen, oft leidenschaftlich geführt, haben in vielen Sozialdemokraten ein Trauma hinterlassen. Sie haben zu lange sich bemüht, die „Freigeldler" wegen ihrer Vorschläge zur Umgestaltung des Geldwesens lächerlich zu machen. Heute sehen viele ein, daß die erstrebte Verstaatlichung in die Sklaverei mündet. Sie suchen freiheitliche Lösungen und stoßen dabei auf die Geldfrage.

Aber - offen zugeben, daß die frei-sozialen Freiwirte damals doch recht gehabt haben? - Niemals! Lieber beißen sie sich die Zunge ab! Lieber gehen sie im eigenen Irrtum unter und reißen die ganze Menschheit mit!

So denkt und handelt der unreife, unfreie Mensch, der Neurotiker. Viele Parteien und Bewegungen und Regierungen werden von solchen geführt.

Alte und neue Wenn ...
Die Weltgeschichte der letzten hundert Jahre hätte einen ganz andern Verlauf genommen - wenn:
Wenn die bürgerlich-kapitalistische christliche Welt Einsicht und Kraft gehabt hätte, eine frei-soziale Ordnung zu schaffen. - Wenn Karl Marx seine spätere freiheitliche Lösung der sozialen Frage klar als endgültig herausgestellt hätte und wenn die Marxisten ihm dabei gefolgt wären. - Wenn nach dem ersten Weltkrieg die Sozialdemokraten umgelernt und Ziel und Weg der frei-sozialen Ordnung sich zu eigen gemacht hätten. -
enn die Sozialdemokraten nach dem zweiten Weltkrieg den neuen freiheitlichen Weg beschritten hätten. -
Wenn sie heute endlich durch die abschreckenden Beispiele in allen kommunistischen Staaten die Kraft zu offener Umkehr finden und als *aufbauende Opposition* die verzagten Völker neu zu begeistern und zu führen vermöchten, -
Wenn Sozialisten, die sich *freiheitlich* nennen, wie der Escherbund und Steinemann, es zumindest tun wollten. -
Wenn der Westen oder doch eines seiner Länder den „unterentwickelten" hungernden wie den kommunistisch regierten Völkern die *frei-soziale Ordnung vorleben* würde - welch gewaltiger Schritt hin zur Entspannung und zum Frieden wäre das!

Liebe Dr. Dahmen und Dr. Steinemann, vielleicht können Sie nun nachfühlen, aus welchen Gründen mich die kleine irreführende Zwischenbemerkung vom „Trick der Geldpolitik" nicht schweigen ließ. Sie gehört niemals zu einem „Wiederbeginn der Einheit", wie der Verfasser ihn erstrebt und wie die ganze Welt ihn so dringend braucht. Daher entschuldigen Sie vielleicht gütig die Länge dieses Briefes.

Möchten Sie über die Vorschläge zur Schaffung einer frei-sozialen Ordnung mehr erfahren, so lesen Sie das Hauptwerk: *Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung.* Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, oder meine kleinen einführenden Schriften: *Sozialismus in Freiheit* (erste Auflage 1919!), *Kräfte der Mitte*, beide im Drei Eichen Verlag, München 9.

Mit dem Gruß, wie er in Nippon üblich ist

Sayonara!
Werner Zimmermann

(Abschrift 3/2001 / Sperrungen soweit erkannt in kursiv wiedergegeben. TA)

DER 3. WEG
Zeitschrift für die [illegible] Wirtschaftsordnung

WISSENSCHAFTSFORUM

Für eine Diskussion der freiwirtschaftlichen Theorie - „in fairer Weise und auf sachlich-wissenschaftlicher Ebene geführt" (DDW 5/96, S. 17) - hat sich DER DRITTE WEG immer geöffnet. Der Rezensent des Kleinhappl'schen Werkes, Johannes Heinrichs - „ein von der grundsätzlichen Richtigkeit der Gesellschen Freiwirtschaftslehre Überzeugter" -, unterbreitet im folgenden einen über Gesell hinausgehenden Ansatz, der die Arbeitswertlehre akzeptiert, doch einen planwirtschaftlichen „Marxismus" zurückweist. So trifft Heinrichs' Kritik schließlich beide, was hoffentlich zu fundierten Repliken führen wird. *W. Schmülling*

Lehren aus dem Fall Kleinhappl - auch für Freiwirtschaftler?

Von Johannes Heinrichs

Der folgende Beitrag setzt die große, in den Heften 4 bis 6 von 1995 unter dem provozierenden Titel *„Licht im Finstern der Katholischen Soziallehre"* erschienene Vorstellung der damals vier Bände des Werkes von Johannes Kleinhappl fort. Denn inzwischen ist ein fünfter Band erschienen. Die Artikelserie rief damals eine lebhafte Diskussion hervor, weil Dr. Heinrichs auf eine seiner Meinung nach bestehende Einseitigkeit bei Silvio Gesell hingewiesen hatte: dessen Ablehnung der Arbeitswertlehre, wodurch ein seinerzeit mögliches historisches Bündnis mit Teilen der sozialistischen Strömung verpaßt worden sei. Für „uneingeweihte" Leser sei auf diese früheren Artikel nachdrücklich hingewiesen, zumal auf den ersten, weil Heinrichs darin von seiner biographischen Gemeinsamkeit mit Kleinhappl ausgeht: langjährige Mitgliedschaft im Jesuitenorden und insbesondere die persönliche Vertrautheit mit dem einstigen „Nestor der Katholischen Soziallehre", dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning, dessen Rolle als geistiger Widersacher Kleinhappls auch im folgenden zu Sprache kommen wird. Der Unterschied zwischen Kleinhappl und Heinrichs: Während jener sein Leben lang Priester blieb, verließ dieser Orden, Priestertum und Kirche aus Gewissensgründen. Die Rolle seines väterlichen Freundes v. Nell-Breuning für den „Fall Kleinhappl" wurde Heinrichs erst durch diese von Dr. Ernst van Loen besorgte Werkausgabe bekannt, wie überhaupt der Name Kleinhappl. Aufgrund des kirchlichen Konsultationspapiers *„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"* (vgl. DDW 5/1996, S. 19 f.) kommt dessen Werk erhöhte Aktualität zu - sofern es sich wirklich um eine Konsultation handeln sollte, die den Grundfragen nicht ausweicht. *Die Redaktion*

Zwei Fragerichtungen

Der inzwischen selbst 85jährige Ernst van Loen will seinen Dienst am Werk seines 1979 in Wien verstorbenen Freundes Johannes Kleinhappl ganz ausführen. Der jetzt erschienene 5. Band steht unter dem Titel *„Unus contra omnes"*: Einer gegen alle.[1] Dokumentiert wird Kleinhappls Werdegang bis zur Professur an der theologischen Fakultät der Jesuiten an der Universität Innsbruck, die Widerstände und Intrigen im Orden wegen seiner grundsätzlichen Kapitalismuskritik, seine Amtsenthebung von der staatlichen Professur auf Befehl der Ordensoberen sowie - im Spiegel authentischer Briefe und Dokumente (Kapitel 1) - sein Kampf gegen das unheilige Bündnis von Kirche und Staat. Dabei ist bewegend zu sehen, wie er sich selbst in Widersprüche gegenüber der Ministerialbürokratie verstrickt, da er aufgrund anfänglichen Gehorsams zunächst auf die Professur ohne Altersabsicherung Verzicht erklärt hatte, dann aber allmählich erst versteht, was gespielt wird, und sich seine Rechte gegenüber dem österreichischen Staat mit Berufung auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre zu erhalten versucht, vergeblich angesichts der Konkordatsverhältnisse wie dem informellen Klüngel zwischen kirchlichen und staatlichen Amtsträgern. Zwar wären diese auch in Deutschland weiterbestehenden Konkordatsverhältnisse ein eigenes Thema[2]. Doch soll uns in dieser Zeitschrift besonders zweierlei interessieren: Erstens nochmals Kleinhappls **Kapitalismuskritik**, wie sie sich besonders in seiner Schrift „Die soziale Frage der Gegenwart - Wesen, Ursache, Lösung", dem eigentlichen Stein des Anstoßes, ausspricht (Kapitel 2) und später in Antworten auf seine Zensoren ergänzt wird (Kapitel 3). Zweitens die Frage nach der **Rolle der Kirche(n)** für Kapitalismus, und zwar nicht allein im Hinblick auf die Vergangenheit. Hierbei ergibt sich Gelegenheit, auch auf die reichhaltigen Kommentare des Herausgebers E. van Loen in den Einleitungs- und Schlußkapiteln einzugehen. Allerdings verschlingen sich diese beiden Fragerichtungen in den Texten so stark, daß sie im folgenden zwar unterschieden, jedoch nicht immer getrennt behandelt werden.

Das besonders Intrigante

Vorweg sei angemerkt, daß das ausnehmend Intrigante bei der ganzen Amtsenthebung darin lag, daß Kleinhappl keinerlei Möglichkeit hatte, sich gegenüber den anonymen Zensoren seiner Schriften, insbesondere *„Die soziale Frage der Gegenwart"*, zu verteidigen. Mit der Zustellung der gegen ihn erhobenen Anklagen - daß er mit seiner Kapitalismuskritik nicht die *„Lehre der Kirche"* vertrete - war bereits das Urteil über ihn

gesprochen. Einer der beiden Zensoren war Oswald von Nell-Breuning, der Entwurfsverfasser der Enzyklika *„Quadragesimo Anno"* (1931), der seine grundsätzliche „päpstliche" Rechtfertigung des Kapitalismus in diesem Gutachten weiter rechtfertigt. So tragisch diese inhaltliche Position ist - der Gutachter hatte allerdings nicht zu verantworten, daß dem Angeklagten keinerlei sachliche Verteidigung möglich war. Diese Verantwortung lag bei dem „mittelalterlichen" System und seinen frommen Marionetten. Man darf sich wohl darüber Gedanken machen, welche inhaltliche Wahrheit bei einer Institution zu suchen sein mag, die verfahrensmäßig die Menschenwürde mitsamt Denkfreiheit und Freiheit der Lehre sowie des persönlichen Gewissens, dermaßen mit Füßen tritt.[3] Solche Verfahrensweisen, die heute nur äußerlich-kosmetisch gemildert sind, scheinen die passende Form zum Inhalt der kirchlichen Lehre, in diesem Fall in bezug auf die soziale Frage, darzustellen. Kleinhappl mußte seine schlüssigen Erwiderungen auf die Anklagen der Schublade anvertrauen. Der Herausgeber nahm sie bei einer seiner vielen Besuche an sich und war so in der Lage, sie nach dem Tode Kleinhappls als Erbe seines Nachlasses in den vorliegenden 5. Band aufzunehmen.

Anlaß der Bekennerschrift von 1947

Ergiebiger jedoch als das Hin und Her der Argumente, Scheinargumente und Mißverständnisse ist Kleinhappls zentrale *„Denkschrift"*, die er unter dem Eindruck eines bereits ergangenen Publikationsverbotes 1947 verfaßte. Zu diesem Entstehungsanlaß lesen wir aus der Feder des Herausgebers: *„Im Frühjahr 1947 befand sich der Assistent für die deutschsprachige Ordensprovinz[4] beim General in Rom, der Holländer P. van Gestel, auf Visitation in Österreich. Er visitierte auch im Jesuitenkolleg in Innsbruck. Kleinhappl weilte zu Ostern 1947 in Wien. Und genau während seiner Abwesenheit visitierte P. van Gestel in Innsbruck und fuhr anschließend nach Feldkirch weiter. Nach Kleinhappls Rückkehr nach Innsbruck wurde ihm eröffnet, P. van Gestel habe angeordnet, er solle ihm sofort nach Feldkirch nachfahren. Dort empfing er ihn mit den Worten: 'Gegen Sie ist Anzeige erhoben worden. Sie dürfen ab heute nichts mehr veröffentlichen.' Er forderte ihn auf, seine bisher gelehrten und beanstandeten Auffassungen zur Sozialethik schriftlich niederzulegen und nach Rom einzusenden. K. verfaßte darauf in den folgenden Monaten die ihm auferlegte Darstellung seiner Lehren und schickte diese an die Ordensleitung nach Rom ab, die ihre Zensur durch zwei von ihr bestellte, jedoch dem Angeklagten gegenüber geheimgehaltene Zensoren veranlaßte. Um Weihnachten 1947 weilte K. erneut in Wien, wo ihm der damalige Provinzial P. Bichlmeyr eröffnete, von Rom sei der Bescheid eingetroffen, daß er ab sofort seine Vorlesungen in Innsbruck einzustellen und um Beurlaubung als ordentlicher Universitätsprofessor einzukommen habe"* (Bd. 5, 48).

Bekennermut versus Bestechlichkeit durch den Herdentrieb

Es geht mir nun nicht erneut um die Widerrechtlichkeit und Menschenunwürdigkeit des Verfahrens, das später von General Arrupe geschönt und verteidigt wurde (49), sondern um die Bedeutsamkeit dieser Schrift *„Die soziale Lage der Gegenwart"*. Es ist eine Bekennerschrift. Die gut 120 Seiten, die sie in diesem Band einnimmt, würden die Veröffentlichung als eigenes Taschenbuch rechtfertigen. Dies nicht etwa bloß als Zeitdokument eines tragisch Unterdrückten - wobei die Tragik nicht bloß im persönlichen Schicksal liegt, sondern weit darüberhinausgehend darin, daß hier wieder einmal zentrale, für die gesamte Welt lebensnotwendige Wahrheit unterdrückt wird, von einer Institution, deren einzige Rechtfertigung die Kommunikation in der Wahrheit wäre. An praktisch-sozialer Relevanz geht diese Wahrheit weit über die Erkenntnisse von Kopernikus und Galilei hinaus - obgleich für sie nicht einmal eine wissenschaftliche Entdeckergroßtat wie für jene erforderlich war, sondern nur: die Unbestechlichkeit des Denkens aufgrund der Unbestechlichkeit des Gewissens.

Das aber ist es gerade, was unserer Zeit bei aller Informationsfülle mehr abgeht als allen früheren: die gewissenhafte, innengeleitete Verarbeitung des Wißbaren. Die Tragik liegt darin, daß eine Institution, die zu solchem selbstständigem Wahrheitssinn (sowohl für Glauben wie für Wissen erforderlich) erziehen sollte, längst einen Löwenanteil daran hat, gehorsame Mitläufer und Opportunisten zu erziehen. Es ist heute beliebt (nicht zuletzt bei Journalisten), sich kostenlos und konsenssicher über das Mitläufertum in der Nazizeit zu ereifern - und damit vom aktuellen Mitläufertum in Kirche, Wissenschaft und Politik abzulenken. (Andernfalls hätte die Freiwirtschaft schon mehr journalisische Helfer gefunden!) Kleinhappl ist einer der selteneren in verantwortlichen Posten, dessen religiös-sittliche Substanz ihm Unbestechlichkeit verlieh. Die heute verbreitete Bestechung liegt nicht so sehr darin, daß jemand unmittelbar mit Geld und anderen konkreten Vorteilen winkt, sondern darin, sich das bequeme Mitlaufen in der Herde erlauben zu dürfen, mit all den damit verbundenen Vorteilen, die kaum ein einzelner Bestecher bieten könnte. Erinnern wir uns daran, daß „Professor" wörtlich „Bekenner" heißt. Bekenner der Wahrheit zu sein - unter bewußtem Einbeziehen des grundsätzlich unvermeidlichen Irrtumsrisikos -, ist in unserer Zeit mehr noch als in früheren mit dem großen Kostenaufwand einer selten gewordenen Unbestechlichkeit von seiten des Herdentriebs geworden.

„Die soziale Lage der Gegenwart"

Man muß sich fragen, was in Kleinhappls schlichter, allen Kampfparolen abholden Schrift den besonderen Unmut der Gutachter sowie der kirchlichen Instanzen hervorrief. Er geht aus von der Feststellung, daß unsere gegenwärtige Gesellschaft von dem Klassen-Antagonismus gekennzeichnet sei: Arbeit und Kapital, ohne zu behaupten, daß diese beiden Klassen allein die Bausteine der Gesellschaft ausmachen.

*„Unter der **Arbeit** ist dabei die Gesamtheit zu verstehen, die nur ihre geistigen und körperlichen Arbeitskräfte ihr eigen nennt, aber über die Arbeitsmittel nicht verfügt, an denen sie ihre Arbeitskraft betätigen könnte. - Das **Kapital** hingegen bezeichnet die andere Gruppe, die soviel an Arbeitsmitteln, sei es an Boden oder an von Menschenhand geschaffenem Werkgut, in ihrer Gewalt hat, daß sie daran fremde Arbeitskräfte beschäftigen kann"* (96). An dieser kurzen Aufgliederung des Kapitals in Boden und Produktivmittel fehlt eine ausdrückliche Nennung des Geldkapitals als *„Produktiv*mittel" besonderer Art.

Wie schon in den vorhergehenden Beiträgen zu Kleinhappls Büchern bemerkt, steht bei ihm nicht das Geldproblem im Vordergrund (wenngleich es in seinen späteren Schriften klar zur Sprache kommt), sondern das Arbeits-

verhältnis. In diesem erkennt er eine analoge Ungleichheit der Mittel, die Silvio Gesell zwischen Ware und Geld hervorhebt: *„Die Arbeit muß unter allen Umständen ihre Dienste verkaufen, da sie sonst nichts erwerben und auch nicht leben kann. Das Kapital untersteht einem solchen Druck nicht. (...) Das Kapital ist also der Arbeit gegenüber in einer weit günstigeren Lage"(105). - „Das Grundübel besteht einfach darin, daß ein Großteil der Menschen ohne eigene Arbeitsmittel ist und sich daher gezwungen sieht, sich dem Kapital zu verdingen"* (108). Kleinhappl widmet nach dieser ersten Diagnose einige bemerkenswerte Seiten dem geschichtlichen Werden des modernen Kapitalismus: im wesentlichen aufgrund einer vom Staat geschützen oder gar bewerkstelligten Proletarisierung der einst kleinbäuerlichen Bevölkerung durch gewaltsame Landaneignung (feudalistische Bodensperre) sowie Schließung der Zünfte mit ihren Privilegien. **Für Kleinhappl ist die Beherrschung des Geldmarktes aufgrund des Zinseszinsmechanismus „nur" die andere Seite der Arbeitsverhältnisse zwischen „Kapital" und „Arbeit".** Deshalb bekundet er große Sympathie für den Sozialismus, ohne dessen planwirtschaftliche[5] oder gar weltanschaulich-atheistischen Varianten gutzuheißen. Überhaupt liebt er nicht das Umherwerfen mit Schlagworten, wie es den kleinen und großen Sekten eigen ist, sondern differenziert. Unter der Überschrift *„Weltfeind Nr. 1 des Friedens und der Gerechtigkeit: der internationale Hochfinanz- und Leihkapitalismus"* [6] faßt er sein Sozialismus-Kapitel folgendermaßen zusammen (130 f):

„1. Der eigentliche Feind ist das Kapital. Dieses ist es, das zuallererst das große Unrecht an der Menschheit verübt. Dieses hat die Klassenspaltung in die Gesellschaft hineingetragen und hält es, wo es nur kann, aufrecht.

2. Dieses ist die eigentliche Ursache davon, daß die Menschheit nie zur Ruhe kommen kann. Dieses ist zuerst zu bekämpfen; dann erst kann man auch gegen allfällige Mißgriffe des Sozialismus vorgehen. Nicht aber umgekehrt!

3. Der Sozialismus hat das große Verdienst, das Gewissen der Welt hinsichtlich des Unrechtes, das ihre Machthaber Jahrhunderte hindurch am arbeitenden und schaffenden Menschen begangen haben, wachgerüttelt zu haben.

4. Ihn daher bekämpfen zu wollen, die Herrschaft des Kapitals aber unangetastet zu lassen, wäre Unrecht.

5. In einer Welt, die eine gerechte Ordnung aufrichtet, wird es einen Sozialismus als Kämpfer gegen das Kapital nicht geben, weil in ihr ein solches nicht mehr möglich, daher nicht mehr vorhanden sein wird.

6. Der Sozialismus von morgen wird und muß ein solcher sein, der in Grundlage und Aufbau dasjenige darstellt und verwirklicht, was sein Name im eigentlichsten und wahrsten Sinn besagen will: eine Gemeinschaft freier und gleicher Menschen."

Arbeit als Maßstab für Eigentumsbildung

Wahrscheinlich war dies - trotz aller Differenzierung im Gebrauch des Wortes „Sozialismus" - zuviel des Guten für die in weltanschaulichen Grabenkämpfen aufgewachsenen Kirchen- und Ordensleute der Nachkriegszeit. Anders ist kaum zu verstehen, weshalb man den positiven Grundgedanken Kleinhappls zurückweisen kann: Daß allein Arbeit Eigentumsbildung sowie Bodenaneignung rechtfertigt und daß es - vom Erbschaftsproblem abgesehen - **grundsätzlich keine solche Eigentumsbildung geben darf, die zur „Bewirtschaftung anderer Menschen" sowie zu arbeitslosen Einkommen aufgrund des Zinseszinsmechanismus führt.** Kleinhappl verteidigt also das Recht auf Eigentum, auch und gerade an Produktionsmitteln in dem Maße, als es Ergebnis der Arbeit sowie Grundlage für das *„Recht auf Arbeit"* ist: *„Weil die unabdingbare Pflicht zur Arbeit besteht, setzt ihre Erfüllung auch das Recht auf Eigentum an dem Mittel voraus, ohne das jene Pflicht nicht vom einzelnen erfüllt werden kann; und zwar auf jenes Mittel, das der Art der Arbeit entspricht, der sich der Mensch widmet"* (138). *So werden insbesondere auch „Arbeitswille und Arbeitsfähigkeit als Maßstab des Bodeneigentums"* (143) geltend gemacht. Dementsprechend verteidigt Kleinhappl die Arbeitswertlehre, die sich nicht erst bei Marx, sondern im Grundgedanken schon bei Albertus Magnus und Thomas von Aquin finde (164 f; ausführlicher nochmals 264-277).[7] Auch für Kleinhappl liegt der Kern der *„Gesellschaftswirtschaft"* im Tausch. *„Das Geld als Zahlungsmittel ermöglicht ihn; Angebot und Nachfrage regen ihn an und bereiten ihn vor. Auf dem Markt spielt er sich ab. (...) Die Preise sind dabei nichts anderes als die in Gütern ausgedrückten Mengenverhältnisse, unter denen Güter einer Art gegen Güter anderer Art getauscht werden." Der Tausch beginnt jedoch nicht erst beim Eintausch von gegenständlicher Ware gegen Geld, sondern bereits bei der Bezahlung der Arbeit: „Durch den Tausch werden auch die Einkommen derer, die mit der Gesellschaftswirtschaft verbunden sind, gleichwie in einer Windkammer vermittelt sowie ihrer Höhe und Art nach bestimmt"* (104). Sein Eintreten für die Arbeitswertlehre bedeutet also nicht, daß er das scheinbar ganz „wertentlastete" Spiel von Angebot und Nachfrage bei der Preisbildung von Waren nicht anerkennen würde. Mindestens bei der Arbeit ist die Preisbildung aber wertgebunden: an einen gerechten Lohn für den (oft schwer zu vergleichenden) Wert der Arbeit. Er spricht von der Arbeit allerdings, trotz ihrer Einbeziehung in die Tauschwirtschaft, nie als *„Ware"*. Arbeit ist ein *„Tauschgegenstand"* eigener Art. Normalerweise wird sie, wie das vorige Zitat sagt, nur indirekt, vermittels der Waren, getauscht.

Die Kernfrage: Ist das Kapital selbst produktiv?

Kleinhappl kommt in dieser wie in anderen Schriften zur leidenschaftlichen Ablehnung der Vorstellung vom *„arbeitenden Kapital"*, womit die kirchlichen Apologeten des Kapitalismus wie O. von Nell-Breuning und Johannes Messner im wesentlichen das Einkommen aus Kapitalbesitz rechtfertigen. **Der springende Punkt dieser Rechtfertigung ist die Behauptung, daß dem Kapitaleigner nicht nur ein Unternehmerlohn zustehe (was auch Kleinhappl betont), sondern daß der *„Faktor Kapital"* Teilursache der Produktion neben dem *„Faktor Arbeit"* sei, also nicht nur Instrumentalursache als Werkzeug in der Hand der Arbeitenden.** Der Herausgeber van Loen weist diese *„Irrlehre des Produktionsfaktors Arbeit im Dienste des sogenannten Produktionsfaktors Kapital"* (328) weiter unten in einer langen Auseinandersetzung mit dem österreichischen Hauptvertreter der Katholischen Soziallehre,

Johannes Messner, noch ausführlicher zurück. Vom selbst produktiven Sachkapital zum selbst arbeitenden Geld ist, wie leicht einzusehen, nur noch ein kleiner, aber notwendiger Schritt. Es gilt einzusehen, wenngleich Kleinhappl es in dieser Frühschrift so nicht thematisiert: die eine angebliche Eigenproduktivität kann nicht ohne die andere sein.

Entschärfung oder Verschleierung des Klassengegensatzes?

Es wäre nützlich, hier die Unterscheidung von produktiven Kapitalisten (Unternehmern) und Geldkapitalisten (die den Unternehmern gegen Zins Geld leihen) zu treffen, wie Karl Marx sie im dritten Band seines *„Kapitals"* herausgearbeitet hat. *„Das zinstragende Kapital ist das Kapital als Eigentum gegenüber dem Kapital als Funktion."*[8] Durch diese Unterscheidung wird der **Unternehmer selbst als Arbeiter im Dienst des Leihkapitals** charakterisiert. Der Klassenantagonismus zwischen Arbeit und Kapital wiederholt sich im Verhältnis von Unternehmer und „reinem" Geldkapitalisten. Er wird dadurch zugleich entschärft wie verschleiert. Im Grunde kommt diese Unterscheidung dem Gesichtspunkt Silvio Gesells und der Freiwirtschaft entgegen, nämlich dem geldsystemischen. Arbeitsverhältnis und Geldsystem sind zwei Seiten einer Medaille. S. Gesell lag aus zeitgeschichtlichen Gründen an der **Entschärfung** des Klassengegensatzes, während Marx den „höheren" Gegensatz von Zinsgewinnern und Zinszahlenden zugleich als **Verschleierung** des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit kennzeichnete. Statt aber Marx den Marxisten zu entreißen und sein Erbe für die eigenen Einsichten theoretisch wie in politischen Bündnissen fruchtbar zu machen, hat Silvio Gesell einen historisch höchst unheilvollen Gegensatz auch zum „echten" Marx konstruiert.

Auch Marx war nicht unternehmerfeindlich - zumal sein Kampfgefährte Friedrich Engels selbst erfolgreicher Unternehmer war -, sondern systemfeindlich. Deshalb hat er den vordergründigen Klassenkampf als solchen zwischen Unternehmern und Arbeitern als zu kurz greifende Naivität gegenüber manchen politischen Pragmatikern gegeißelt.

Eigenproduktives Kapital und Zins: zwei Seiten einer Medaille

Kleinhappl trifft sich im Resultat mit wesentlichen Postulaten Silvio Gesells und der Freiwirtschaft in bezug auf das internationale Finanzkapital und den Zinseszinsmechanismus, nimmt jedoch ebenso wie Marx die Frage von Arbeit und Eigentum als Ausgangspunkt: Für ihn erscheint die Zinswirtschaft (= Kapitalismus in Gesells Sprachgebrauch)[9] als Resultat der *„Bewirtschaftung des Menschen"*, also grundsätzlich - nicht bloß vorübergehend und leihweise - von Fremdkapital und Fremdeigentum abhängiger Arbeit. Es ist entscheidend, sich klarzumachen, daß *„arbeitsloses Einkommen"* in Form von Zinseinkünften sowie in Form eines angeblich eigenproduktiven Kapitals wirklich nur zwei Gestalten desselben sind: die erste Form freilich auf der Ebene des bloßen Geldkapitalisten, die zweite auf der Ebene des Unternehmer-Kapitalisten. Der letztere ist zum *„Mehrwerthecken"* über seinen verdienten Unternehmerlohn hinaus gezwungen, solange er das Kapital in Form von Zinsen bedienen muß. Der Geldkapitalist aber kann seinerseits nur die Illusion des selbst produktiven Geldkapitals hegen, solange es dem Unternehmer gelingt, ihm diesen Kapitaldienst auf Kosten der Arbeitenden zu leisten. Dazu bedarf es der Fiktion und Illusion vom eigenproduktiven (nicht bloß werkzeuglichen, instrumentalursächlichen) Sachkapital. Eben diese interessengeleitete Illusion wurde von der christlichen Soziallehre bis heute abgesegnet, wobei das frühere Zinsverbot (bis 1917 im kirchlichen Gesetzbuch CIC) als vorindustriellen Zeiten angehörig fallengelassen wurde.

Eine Einseitigkeit in der Freiwirtschaftslehre

Meine Vermutung vom vorigen Jahr (DDW 5/1995, 27), daß hier eine Einseitigkeit bei Silvio Gesell vorliegt und daß es sich um zwei komplementäre Perspektiven handele, hat sich durchaus verstärkt: Wenn die Betrachtung der Arbeitsverhältnisse sowie die Arbeitswertlehre - d. h. daß Arbeit mitsamt ihren qualitativen Unterschieden grundsätzlich als Bemessungsgrundlage für wirtschaftlichen Wert gilt - nicht in die freiwirtschaftliche Perspektive einbezogen werden, fehlt erstens das entscheidende Argument für die Illegitimität des Zinses. Zweitens fehlen dann wesentliche Maßstäbe für die gerechte soziale Gestaltung. So wesentlich das Durchschauen des Zinseszinsmechanismus ist, es handelt sich nochmals um eine Illusion, wenn man glaubt, die ökonomische Megamaschine brauchte lediglich am Schräubchen Zins reguliert zu werden, um nach dessen Minimierung oder Abschaffung dann automa-tisch reibungslos und sogar gerecht zu funktionieren: **Selbst in einer zinsfreien Wirtschaft bedürfte es zusätzlicher Gerechtigkeitsmaßstäbe als politischer Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft.**[10] Die Wirtschaft stellt ein gesellschaftliches Teilsystem dar, das aus menschlichen Handlungen aufgebaut ist, keine Geldmaschine im Sinne einer Black Box, die nur mit den richtigen (zinsfreien) Münzen bedient werden muß! Der Markt würde als alleiniges Regulativ einer gerechten Wirtschaft nicht genügen: Es müssen politische Maßstäbe für den gesellschaftlichen Wert einer Arbeit (bzw. für den Ausgleich einer besonderen Belastung) eingeführt werden, die sich nicht aus dem Markt allein ergeben. Das Ignorieren des Wertproblems in der Wirtschaft bedeutet Ignorieren ihrer notwendigen politischen und kulturellen Vorgaben, gerade für die Freiheit der Marktwirtschaft. **Es kann daher keine freiwirtschaftliche Reform geben, die nicht das Gesellschaftsproblem als ganzes berücksichtigt.** Die Vorstellung vieler Freiwirtschaftler, die sachgerechte Betätigung der Zinsschraube (in Richtung Minimierung und Ersetzung des Geldumlaufs durch alterndes Geld) würde die Gesellschaft als ganze automatisch verändern, ohne zusätzliche gesamtgesellschaftliche Wert- und Strukturvorstellungen sowie entsprechende politische Umsetzungsstrategien zu erfordern, ist ein Irrtum, der seine Wirksamkeit, d. h. Unwirksamkeit, eigentlich schon zu Genüge demonstriert hat: Der Verzicht auf eine ordnungs- und wertpolitische Diskussion, die sich angeblich mit der Abschaffung des Zinses erübrigt, führte zur Ignorierung von seiten des politischen Systems. Es genügt nicht, auf das ausbeuterische System zu schimpfen und dabei nur auf den Zinsmechanismus (sowie die Bodenreform) zu verweisen, ohne **ganzheitliche** Sozialtheorie mit entsprechenden politischen Strategien zu entwickeln, und diese kommt am Grundgedanken

der Arbeitswertlehre nicht vorbei, so schwierig dieser auch zu konkretisieren ist.

Eine Erblast der Freiwirtschaftslehre

Der Liberalismus Gesells mit seiner Nutzens- und Leistungsorientierung in allen Ehren - er selbst hat ihn zumindest grundsätzlich auf eine soziale Orientierung hin überschritten.[11] Meine Vermutung hat sich inzwischen durch vielfache Beobachtungen und Überlegungen bestärkt, daß in jener Einseitigkeit einer **rein innerökonomischen** Betrachtung des Ganzen vom Zinsmechanismus her eine Erblast der Freiwirtschaftslehre liegt: der Glaube, die gesamte Gesellschaft reguliere sich von selbst in Richtung Gerechtigkeit, wenn nur der Zins wegfalle. **So notwendig diese Bedingung ist, sie reicht allein nicht hin**, weder um den Prozeß in Gang zu setzen noch um ihn befriedigend durchzuführen. Die notwendige Bedingung als hinreichendes Allheilmittel zu propagieren, wird von Außenstehenden als Sektiererei empfunden und führt(e) in der Tat (oft) dorthin. Die Geldtheorie entlastet nicht von Sozialtheorie (Sozialethik) im ganzen. Die Menschen - und nicht nur die „Linken", mit denen bedauerlicherweise nie ein Bündnis zustandekam, sowenig wie mit den Liberalen - spüren diese Einlinigkeit und quittieren sie mit Desinteresse am ständigen Sprechen über das Geld und sein Allheilmittel. Es wäre Zeichen einer bereits vorhandenen Sektiererei, würde man diese selbstkritischen Bemerkungen eines von der grundsätzlichen Richtigkeit der Gesellschen Freiwirtschaftslehre Überzeugten als Abwertung oder Falsifizierung dieser im wörtlichen Sinne not-wendigen (doch allein nicht hinreichenden) Reformideen verstehen.

Vorteil und Unentbehrlichkeit des Zinsgesichtspunktes

Auf der anderen Seite wäre es vorteilhaft gewesen, wenn schon der jüngere Kleinhappl mehr von S. Gesell gewußt und gelernt hätte.[12] Grundsätzlich ergänzen sich Arbeitswertlehre und die Gesellsche Theorie vom Geld als zinsfreiem Tauschmittel vorzüglich. Wahrscheinlich hätte Kleinhappl durch stärkere Thematisierung des Zinsmechanismus und sowie des alten kirchlichen Zinsverbotes einen leichteren Stand in der kirchen- und ordensinternen Diskussion gehabt. Die Vorstellung vom arbeitenden Geld ist lächerlicher, deutlicher unhaltbar als die vom angeblich selbst arbeitenden Sachkapital. Man hätte ihn nicht so leicht des *„Sozialismus"*[13] zeihen können. Denn dies ist doch der untergründige, hinter manchen Pseudoargumenten versteckte Vorwurf, der zu seiner Amtsenthebung führte. Wir kommen damit noch einmal auf den kirchlichen Aspekt der ganzen Kapitalismusfrage zurück.

Hoffnung auf die offizielle Kirche?

Ist zu erwarten, daß die Römische Weltkirche ihr seit dem 19. Jahrhundert eindeutiges Konsenskartell mit dem Weltfinanzkapital und ihre seit *„Quadragesimo Anno"* (Ziff. 100/101) ständige grundsätzliche Absegnung des kapitalistischen Systems revidieren wird? Kleinhappl selbst glaubte, wie der Herausgeber mitteilt, in seinen letzten Jahren nicht mehr daran, obwohl er doch so „kritische" Formulierungen wie in der Enzyklika *„Populorum Progressio"* von 1967 erlebt hat: „Dieser ungehemmte Liberalismus führte zu jener Diktatur, die Pius XI." - der Herausgeber von Quadragesimo Anno! - *„mit Recht als die Ursache des finanzkapitalistischen Internationalismus oder des Imperialismus des internationalen Finanzkapitals brandmarkte. Man kann diesen Mißbrauch nicht scharf genug verurteilen"* (Ziff. 445). Es handelt sich jedoch nicht um einen moralistisch einzudämmenden „Mißbrauch" des Kapitalismus, der zwanzig Jahre später noch größere Blüten treibt, sondern um dessen illiberalen „Gebrauch", um dessen Wesen. Ähnlich moralisierende Töne finden sich in der jüngsten Sozialenzyklika *„Centesimus Annus"* von 1991 zu Hauf. Der Papst und seine Berater merken nicht, daß sie sich hiermit - wiederum opportunistisch-zeitgeistgemäß - nur dem allgemeinen ideologischen Ethik-Boom anschließen: Ablenkung von den grundsätzlichen Wahrheits- und Strukturfragen durch Moralisieren und Appelle an die einzelnen.[14]

Ethische Impulse christlicher Gruppen

Viele christliche Gruppen lassen sich in ehrlichem gutem Willen davon beeindrucken, weil sie die systemischen Grundsatzprobleme nicht durchschauen. Völlig naiv und unerträglich ist der Versuch, unmittelbar die christliche Nächstenliebe sowie das Prinzip des Schenkens in die Wirtschaft hineinzutragen - als habe diese nicht ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten und als ginge es darum, das auf seiner Ebene berechtigte Prinzip des Eigennutzens zu diffamieren.[15] Die Strukturfragen der Gerechtigkeit mit Nächstenliebe (Caritas) überspringen zu wollen, ist ein genügend viele Jahrhunderte lang geübter **frommer Betrug!** Es ist infam, mit diesem weiterhin den Idealismus Jugendlicher fehlzuleiten.

Ernsthafter wäre es, wenn der sogenannte *„Laborismus"* als Zweig der Katholischen Soziallehre - die Auffassung, daß die Arbeit wenigstens im Zweifelsfall Vorrang vor dem Kapital hat - weiter durchdacht und ausgebaut würde. Der Konflikt mit dem einmal zugestandenen Grundprinzip vom *„arbeitenden Kapital"* als „Teilursache", nicht bloßer Instrumentalursache der Wertschöpfung würde jedoch sehr bald offensichtlich werden. Mir sind daher auch keine ernsthafteren, konsequenteren Vorstöße in diese Richtung bekannt.

Von praktischer und vielleicht zeichenhafter Bedeutung sind solche Initiativen wie die des *„Initiativkreises Entwicklung braucht Entschuldung"*[16], dessen Aufrufen sich zahlreiche christliche Gruppen angeschlossen haben. Dennoch handelt es sich auch dabei nur darum, pragmatisch die gröbsten Auswüchse des gegenwärtigen monetären Systems für die Dritte Welt durch Gnadenakte zu mildern. Trotz dieser verbreiteten Sensibilität für die Weltprobleme des kapitalistischen Systems gelingt es den freiwirtschaftlichen Kreisen kaum, dauerhafte Kontakte zu jenen Gruppen zu gewinnen. Warum? Auf diese selbstkritische Frage wurde oben schon eingegangen. Bleiben wir bei der kirchengeschichtlichen Perspektive, allerdings nicht unter spiritueller sondern unter ökonomisch-sozialem Gesichtspunkt.[17]

Die verdrängte Wahrheitsfrage

Zum Fall Kleinhappl bemerkt der Herausgeber abschließend: *„Die Erkenntnis, daß es den kirchlichen Stellen gar nicht um die Wahrheit in der Sache, sondern um die Wahrung ihrer opportunistischen Position in der Frage ging, ist das Entscheidende. Danach bestimmt sich bisweilen offenbar die innere Bandbreite der wissenschaftlichen Möglichkeiten eines Interpreten der 'Katholischen Soziallehre' bis heute. Diese Erkenntnis ist die allerbedrückendste, die wir aus alledem zu ziehen haben!"* (350) Warum Dr. van Loen hier das

abschwächende Wort *„bisweilen"* einfügte, ist mir nur aus seiner (in Wien verstärkten) diplomatischen Mentalität verständlich. Gibt es überhaupt Gegenbeispiele eines freien sozialtheoretischen und sozialethischen Denkens im Rahmen unserer Theologischen Fakultäten? Mit ist bisher keines bekanntgeworden. Die „diplomatische Mentalität" umfaßt die Hoffnung, daß aufgeschlossene Vertreter der Katholischen Soziallehre (wie etwa der österreichische, im Rom dozierende Jesuitenprofessor Johannes Schasching) allmählich Doktorarbeiten zulassen, welche die „alternative Strömung" innerhalb des sozialen Katholizismus, signalisiert durch die Namen Wilhelm Hohoff, Carl von Vogelsang im vorigen und Johannes Kleinhappl in unserem Jahrhundert, einer fairen wissenschaftlichen Würdigung unterziehen. Das ist eine bescheidene Hoffnung, für die es bisher nur Gegenbeispiele (den traditionellen Erwartungen angepaßte Dissertationen) gibt, die den Kenner der Materie empören. Bisher wird die Tradition von Doktorarbeiten fortgesetzt, für die Johannes Messners Münchner Dissertation von 1924 steht, worin dieser den westfälischen Pfarrer und Sozialreformer Wilhelm Hohoff posthum als *„Marxisten"* kaltstellte.[18]

Das Blut der Märtyrer

Inzwischen treibt die Welt weiter dem Abgrund zu. Wir können nicht auf akademische und kirchliche Rehabilitationen warten und brauchen es nicht. Der große Crash des Finanzsystems wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Längst gibt es spirituelle Kreise, die weder weltabgewandt sind noch auf eine Bekehrung der katholischen Würdenträger und Professoren warten. Diese meist opportunistischen Bastardexistenzen zwischen Wissenschaft und autoritären Bindungen können sich allzuleicht hinter dem realexistierenden Pseudodiskurs unserer „freien" Sozialwissenschaftler verstecken. *„Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon"*, der sich mit Vorliebe auch in den sozialen Sicherheiten und Ehrenposten versteckt. Die Lage wäre hoffnungslos, wenn nicht die ökonomisch-soziale Realität selbst den *„sicheren Gang der Wissenschaft"* (Kant) ginge und einer Situation entgegeneilte, in der die Samengedanken der wirklich aus freiem Wissen und Gewissen heraus Denkenden aufgehen werden. *„Sanguis martyrum semen ecclesiae"*, hieß es einst: *„Das Blut der Märtyrer ist der Same der Kirche"*. Das gilt zweifellos noch eher für die vielen unblutigen, sozialen Martyrien der daran überreichen Kirchengeschichte. Doch die Kirche der Zukunft wird keinesfalls mehr die Großsekte sein, die sich heute mit dem Attribut „katholisch" schmückt. Sie wird wirklich universal sein. Johannes Kleinhappl war ein Märtyrer dieser nicht fernen Zukunft.

Pubertätskatholiken à la *„Publik Forum"*, der *„Zeitschrift kritischer Christen"* etwa, die trotz ständigen „kritischen" Zerrens an ihren Ketten nicht den Mut haben, die verlogenen institutionellen Bindungen zu verlassen, gehören leider kaum zu den Wegbereitern dieser Zukunft, solange sie nicht einen wirklichen Neuanfang aus dem Mut zur Wahrheit als Theorie-Praxis-Einheit wagen (auch finanziell). Die Hoffnung liegt bei solchen Menschen und Gruppen - sei's auch erst jenseits des sich abzeichnenden Zusammenbruchs. ■

---

1 Johannes Kleinhappl, Unus contra omnes. Der schwere Weg gegen den Strom. Dokumentation - Reflexion - Kommentar, hrsg. u. eingeleitet von Ernst van Loen, Innsbruck - Wien (Tyrolia Verlag), 390 S.

2 Es ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, daß (auch) in Deutschland neben den theologischen Fakultäten zusätzliche Konkordatslehrstühle in den Philosophischen Fakultäten bestehen, d. h. daß kirchlich approbierte „Philosophen" kräftig in der angeblich „freien" Philosophie über Lehrstuhlbesetzungen usw. mitbestimmen.

3 Angeblich kritische Theologen wie Hans Küng rechtfertigen ihr Verbleiben in dem Unrechtssystem mit der Geschichtsfälschung, daß die Kirche die Menschenrechte gefördert hätte sowie mit dem traditionellen theologischen, dem freien Denken feindlichen Hochmut, daß ein Weltethos aus der „bloßen Vernunft" nicht zu begründen sei. Vgl. H. Küng, Projekt Weltethos, München - Zürich 1990.

4 Etwas genauer müßte es heißen: „für die deutschsprachigen Ordensprovinzen ", damals 6: außer der holländischen und der österreichischen die süddeutsche, ostdeutsche und westdeutsche Provinz sowie die schweizerische Vizeprovinz. Es sind solche Kleinigkeiten, die den Dokumentationswert des Bandes machmal für Kenner der Kirchen- und Ordensszene einschränken könnten, ebenso wie gelegentlich die Deutlichkeit der Datierung und die genaue Zuschreibung der Textpassagen und Überschriften. Man muß dergleichen - ebenso wie manche Wiederholungen in den Kommentaren - den begrenzten Kräften des betagten Herausgebers zugute halten. Anders wäre das Bessere der Feind des Guten, die Perfektion der Feind des Wesentlichen geworden. Es liegt beim Leser, ob er den Blick fürs Wesentliche mitbringt - vielleicht sogar für das Wesentliche der Unvollkommenheiten: unser aller begrenzte Kräfte im ständigen Kampf mit einem strukturell feindlichen, weil menschenfeindlichen System.

5 Kleinhappl weist mit Recht daraufhin, daß Marx kein Planwirtschaftler und folglich (nach eigenem Bonmot) auch kein „Marxist" war, ja daß Marx ein „individuelles Eigentum" im Unterschied zum „Privateigentum" an Produktionsmitteln der Allgemeinheit gelten lassen wollte, indem er aus Bd. 1 des „Kapitals", Hamburg 1890, 728 f. zitiert: „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktionsweise erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel" (zit. 126). Diese und andere Überschriften sind vermutlich vom autorisierten Herausgeber van Loen eingefügt worden.

7 Zur Arbeitswertlehre bekannte sich auch ein so hervorragender Freiwirtschaftler wie Karl Walker in seinen letzten Jahren. Vgl. K. Walker, Überlegungen zur Werttheorie (Beiträge zum liberalen Sozialismus, Heft 1, hrsg. von Peter Weiz), Freising 1970; ders., Das Weltwährujgssystem, Gauke Verlag 1980.

8 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, Berlin 1972, 392.

9 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf 1984, 315.

10 Dies war bereits der (unvollkommen artikulierte) Sinn meines allerersten Beitrags in dieser Zeitschrift: Natürliche Wirtschaftsordnung und 'natürliche Sozialordnung', in: DDW 3/1994.

11 Vgl. vom Verf., Was ist das Natürliche an der 'Natürlichen' Wirtschaftsordnung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 107 (1995), 25.

12 In Kleinhappls Texten aus diesem Band kommt der Name Silvio Gesell, soweit ich sehe, nicht vor. - Wohl in den Kommentaren des Herausgebers ist die freiwirtschaftliche Sicht allgegenwärtig, wenngleich nicht als alleiniges Heilmittel. Dazu steht auch van Loen zu klar auf der Seite der Arbeitswertlehre.

13 Wie überempfindlich die konkordatsverseuchte Universitätslandschaft auf das Wort „Sozialismus" reagierte, erfuhr der Verf. noch Ende der Siebziger Jahre durch seinen Buchtitel „Freiheit - Sozialismus - Christentum" (Bonn 1978) - obwohl darin gerade für eine Abschaffung des vieldeutigen Wortes plädiert wird.

14 Vgl. vom Verf., Der Ethik-Boom als Ideologie, in: DDW 6/1994, 20-23.

15 Vgl. zu „Gemeinnutz und Eigennutz" die sehr unterschiedlichen Beiträge in: Zeitschrift für Sozialökonomie 107 (1995).

16 Koordinationsbüro Düsseldorfer Landstr. 180, 47249 Duisburg.

17 Zum spirituellen Gesichtspunkt sei verwiesen auf Siegfried R. Dunde (Hrsg.), Müssen wir an der katholischen Kirche verzweifeln?, Gütersloh 1993, mit einem Beitrag des Verf.: Kritischer müßten die Kritischen sein. Zur Rechtfertigungsideologie und wahren Hoffnung des Katholizismus, 143-152.

18 Dr. Ernst van Loen plant eine Herausgabe von dessen im Sauerland aufgefundenem Nachlaß Wilhelm Hohoffs (1848-1923). Gleich ob ihm dies selbst noch vergönnt ist oder Jüngeren als Aufgabe zufällt: Es ist wichtig zu sehen, daß das Konsenskartell zwischen Weltkapitalismus und Weltkirche keine naturnotwendige Entwicklung war, daß es Klarsichtige geben konnte und gab.

Ein Leben zwischen den Rädern der Systeme

In memoriam:

Dr. Ernst van Loen

geb. 27. März 1911, Stadtlohn/Westfalen, gest. 9. Juni 1996, Wien

In einem Wiener Krankenhaus verstarb am Sonntagmorgen, dem 9. Juni dieses Jahres, unser Geistesfreund Ernst van Loen. Mit ihm verliert die Freiwirtschaftsbewegung eines ihrer gebildetsten und aktivsten Mitglieder.

Ernst van Loen, mit seinem ursprünglichen Familiennamen Bockhoff, stammte aus einer hochmusikalischen Familie. Unter dem Eindruck zinskritischer Lektüre verzichtete er auf eine musikalische Laufbahn und studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Die Zielsetzung des jungen Bockhoff war von Anfang an: Kampf gegen den Materialismus sowohl bolschewistischer wie kapitalistischer Prägung: zwei der vier in verschiedenem Sinne totalitären Systeme, die sein Leben prägen sollten.

Nachdem er 1935 an der Universität Köln über ein völkerrechtliches Thema promoviert und 1936 noch ein Diplom in politischen Wissenschaften in Berlin erlangt hatte, fand er seit 1937 mit der Veröffentlichung seines zweibändigen Werkes „Völkerrecht gegen Bolschewismus" europaweites, politisch hochbrisantes Echo. Schon vor dem Krieg war der junge Völkerrechtler Bockhoff einer der meistgehaßten Gegner des stalinistischen Regimes, wurde jedoch von den nationalsozialistischen Machthabern zunächst eingespannt und mißbraucht, dann fallengelassen: das dritte System.

Nach völligem Untertauchen im Krieg mußte er sich wiederum gegen den Vorwurf der Kollaboration schützen: ein Opfer der großen Politik, die sein ganzes Privatleben, auch seine Liebesbeziehungen, tiefgreifend erschütterte: In seinen besten Jahren war an keine Familiengründung zu denken. Das Leben dieser Doppelnatur von Künstler und Wissenschaftler zwischen den Mühlsteinen der politisch-weltanschaulichen Systeme würde eine Biographie lohnen!

Seit 1954 konnte er, nunmehr als Ernst van Loen, wieder publizistisch und wissenschaftlich tätig sein, unter anderem als Atomrechtsberater des Bundestagsabgeordneten und späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann sowie als Pressereferent des Bundeskanzleramtes. Sein Engagement für die freiwirtschaftliche Idee führte ihn an die Spitze einer Laiengruppe deutscher Katholiken, die eine Eingabe an das Zweite Vatikanische Konzil machten. Diese Eingabe hatte freilich keinerlei Chancen. Fast bis in die letzten Jahre hoffte van Loen auf ein künftiges Konzil, welches die erarbeitete Dokumentation aufgreifen und dem weltverwüstenden Kapitalismus endlich den komplizenhaften kirchlichen Segen entziehen würde: eine fromme Illusion, wie ihm selbst am Ende dämmerte. Dieses vierte System hat er am spätesten durchschaut.

Bei seinem ersten Vortrag vor dem Vogelsangbund in Wien lernt er 1963 den Ex-Jesuiten Johannes Kleinhappl kennen. Auf Bitten österreichischer Freunde zieht van Loen 1974 nach Wien und übernimmt die Redaktion der Zeitschrift des Vogelsangbundes, „Das Neue Volk", sowie die Leitung der 1896 von Berta von Suttner gegründeten „Österreichischen Friedensgesellschaft". Nach dem Tode von Johannes Kleinhappl im Jahre 1979 beginnt er als Erbe des Nachlasses die Herausgabe von dessen Werk, dessen fünf bisher erschienene Bände im DRITTEN WEG vorgestellt wurden. Vorbereitet liegen offenbar noch ein Band 6 „Die Stunde der Wahrheit für Kirche und Welt" sowie ein Band 7 „Vermächtnis und Warnung".

Der vorstehende Artikel über den 5. Band wurde ihm vor Pfingsten (am 23. Mai 1996) zugesandt, so daß er ihn noch zur Kenntnis nahm, obwohl er am 24. Mai wegen erneuter Magenbeschwerden das Krankenhaus aufsuchen mußte. Der nunmehr Verstorbene sah dieser Besprechung mit einer merkwürdigen, ahnungsvollen Ungeduld entgegen ...

Schon in seiner Bonner Zeit begann van Loen mit der editorischen Erfassung des wissenschaftlichen Werkes des katholischen Kapitalismuskritikers Pfarrer Wilhelm Hohoff (1849 - 1923). Es bleibt zu wünschen, daß dessen Herausgabe durch den Tod des Nimmermüden nicht verzögert wird, nachdem dieser wahrscheinlich (auch) dafür Geldmittel gespart hat. Es bleibt darüber hinaus zu wünschen, daß das eigene Werk des Verstorbenen, soweit es nicht in den von ihm herausgegebenen Werkausgaben von Kleinhappl und Hohoff enthalten ist, selbst in geeigneter Form der Nachwelt vermittelt wird.

Selten kommt es vor, daß ein geistig so hochstehender Mensch wie Ernst van Loen sich derart konsequent und uneigennützig in den Dienst des Werkes eines anderen stellt. Solcher geistige Freundesdienst erfordert nicht nur allgemeinen persönlichen Dien-Mut, sondern das konkrete Bewußtsein, an einem gemeinsamen großen Werk zu arbeiten, heiße dieses nun gerechte Weltordnung oder Freiwirtschaft oder gar „Reich Gottes", das nach urchristlicher Sicht durchaus auf diese unsere Erde kommen soll. Der Beitrag eines jeden zählt, sicher nicht allein der schriftliche, sondern jedes wirkliche Tun in diesem Sinne. Doch wie sehr das Schrifttum im Leben wurzelt, läßt sich am Leben dieses großen Menschen erkennen: Ohne seine persönliche Bedürfnislosigkeit, die bis zu äußerst spartanischer Lebensweise ging, hätte Dr. van Loen seinen Dienst an den geistigen Vorgängern - bis hin zu den Druckkostenzuschüssen - nicht leisten können.

Alle, die Ernst van Loen in den letzten Jahren persönlich erlebten, zeigten sich beeindruckt von diesem Leben aus dem Geiste der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Liebe, das konkrete Früchte in dieser Welt bringt. Er hat diese Welt als jemand verlassen dürfen, der sicher mehr als seine Pflicht getan hat. Nachdem er als kritischer Christ für diese Werte gearbeitet hat, ohne an Lohn zu denken, möge die Erfahrung von Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe sein alles erfüllender Lohn sein. Wenn die Freiwirtschaft mit seinem Weggang einen Verlust erleidet, dann nicht ohne die wohlbegründete Hoffnung, daß aus dem von ihm Gesäten - aus dem „Blut der Märtyrer", wie es im voraufgegangenen Artikel heißt - viel nachwächst. Der Hingegangene wird nicht totgeschwiegen werden - sowenig wie die von ihm der Vergessenheit Entrissenen. (jh)

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

MONTAG, 4. FEBRUAR 2002 · NR. 29

Entwicklungshilfe

Nur unter Opfern

VON SUSANNE IDEN

Mit einer groß angelegten Medienkampagne haben Globalisierungskritiker die Welt für ein paar Tausend Menschen ein bisschen besser gemacht. Sie stellten den Sportartikelhersteller „Nike" bloß, der seinen Arbeitern in Vietnam für zwölf Stunden Arbeit zwei Dollar Lohn zahlte – die Hälfte von dem, was ein Paar Nike-Socken im Laden kostet. Empörte Konsumenten drohten mit Boykott, und so erhöhte das US-Unternehmen die unanständig niedrige Bezahlung.

Das war 1998. Am 2. Februar 2002 konnte man glauben, die Welt habe sich seither nicht viel weiter gedreht. Da berichtete Sofia Sazo aus Guatemala beim Weltwirtschaftsforum in New York von ihrem Alltag als Näherin für die US-Modemarken „The Gap" und „Polo": Sieben Euro Lohn gibt es für zehn Stunden Arbeit, und wer länger als fünf Minuten im Waschraum ist, erhält eine Abmahnung. So rechnet sich die Investition in einem Entwicklungsland.

Die schlichte Beschreibung dieses globalisierten Alltags verstärkt den uralten Verdacht: „Gerechtigkeit für die Welt", wie der deutsche Bundeskanzler sie in New York eingefordert hat, ist ein gutes Thema für nachdenkliche Reden. Aber dann lassen die Manager und Politiker ihren Erkenntnissen doch keine Taten folgen. Weil man selbst Opfer bringen und von anderen verlangen müsste für eine gerechtere Welt.

Hochkonjunktur für Kompromisse

Noch längst ist der Meinungsstreit über die Ursachen des Terrors vom 11. September nicht ausgefochten. Doch unmittelbar nach den Anschlägen schien eines gewiss: Die Völker müssen zusammenrücken. Wer den Terror bekämpfen will, der muss auch die Armut bekämpfen – damit Terroristen sich nicht als Rächer der Entrechteten in Szene setzen können. Auf einmal hatte die Entwicklungspolitik Hochkonjunktur. Arm und Reich, Nord und Süd, die Verfechter des freien Welthandels und die Globalisierungskritiker, sie alle waren bereit, Kompromisse zu schließen. Sogar die ewig streitenden 142 Mitglieder der Welthandelsorganisation einigten sich im November 2001 in Katar auf eine neue Verhandlungsrunde: Die stärkere Öffnung ihrer Märkte für Produkte aus der Dritten Welt boten die Industriestaaten an.

Und jetzt? Jetzt traut nicht einmal mehr der Direktor des Internationalen Währungsfonds derartigen Zusagen. Die Gesellschaften in den entwickelten Ländern seien zu selbstsüchtig, als dass sie ihre Privilegien aufgeben würden, sagt Horst Köhler. Er deutet damit auch an, dass die Regierungschefs gegen eingefahrene nationale Egoismen kaum ankämpfen werden. Zu Recht hegt der Banker diese Befürchtung.

Die Angst vor dem Terror ist der Angst vor der weltweiten Rezession gewichen. Und wo die eine eint, da spaltet die andere. Zum ersten Mal im Globalisierungs-Zeitalter sind die größten Volkswirtschaften gleichzeitig zum Stillstand gekommen. Das geschieht ausgerechnet in einer Zeit, in der die westlichen Verbündeten enorme Summen für den Krieg gegen das Terrornetzwerk Al Qaida und den Wiederaufbau Afghanistans aufbringen müssen.

Schlechte Aussichten

Die meisten Deutschen haben es mit Gelassenheit aufgenommen, dass die Tabak- und die Versicherungssteuer saftig angehoben wurden, weil die Bundesregierung rund 1,5 Milliarden Euro für ihr Anti-Terror-Paket brauchte. Die 320 Millionen Euro an Hilfe für Afghanistan sind schon gar nicht umstritten.

Doch so langsam wird's eng. Die privaten Haushalte haben genug unter Ökosteuer, Euro-Teuerung und Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Kanzler wird sich hüten, den Bürgern ausgerechnet im Wahljahr noch mehr finanzielle Opfer abzuverlangen – mit dem vagen Versprechen, dass die Welt dadurch „gerechter" werde.

Das sind schlechte Aussichten für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit. Wenn es schon in den fetten Jahren nicht gelang, den Haushalt für die Entwicklungshilfe aufzustocken, dann wird es jetzt erst recht nicht geschehen. Und wenn es früher schwierig war, dann scheint es jetzt unmöglich, den europäischen Bauern die Exporthilfen für ihre Produkte zu entziehen. Das heißt aber auch: Subventionierte EU-Ware drängt weiterhin die Agrarerzeugnisse der Dritten Welt vom Markt.

Das ist, bei allem Sinn für die Schrödersche Vision einer besseren Welt, das Ärgerliche an den schönen Reden von New York oder Katar: Statt immer wieder neue Hoffnungen zu wecken, wäre es glaubwürdiger, längst gegebene Versprechen einfach mal zu erfüllen. Zum Beispiel die Selbstverpflichtung von 1992, den Entwicklungshilfeetat auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aufzustocken und nicht bei 0,3 Prozent dümpeln zu lassen. Damit würde die Welt noch nicht gerechter. Aber ein wenig berechenbarer.

GARBSEN / Empfang der Stadt: Landesbischöfin Margot Käßmann fordert mehr soziale Gerechtigkeit

„Krise der Familie ist eine Herausforderung“

Eintrag ins Goldene Buch der Stadt: Landesbischöfin Margot Käßmann. Tugendheim

Vor mehr als 500 Gästen forderte Landesbischöfin Margot Käßmann beim traditionellen Neujahrsempfang der Stadt Garbsen gestern in der IGS dazu auf, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. „Wir müssen handeln und dürfen nicht untätig sein“, meinte sie in ihrer nachdenklichen Festrede. „Wir haben eine Chance für mehr Miteinander und mehr Gerechtigkeit zu sorgen.“

Zuvor hatte Garbsens Bürgermeister Wolfgang Galler appelliert: „Schluss mit dem Weggucken.“ Es gehöre nicht viel Mut dazu, anderen Menschen zu helfen. „Wir dürfen nicht den Kopf senken und wegsehen“, meinte Galler.

Im Mittelpunkt der Ansprache von Margot Käßmann standen die Aufgaben der Diakonie. Die über 3000 Einrichtungen seien das sichtbare Zeichen für eine wesentliche Lebensäußerung der evangelischen Kirche. Darin spiegele sich das Handeln für andere sowie das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe wider. 60 Millionen Euro gebe die Landeskirche für die Diakonie aus. Ziel ist, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich zu schaffen.

Dass diese Schere immer weiter auseinander gehe, belege der kürzlich vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht. 13,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik gelten demnach als arm. Besonders betroffen: Alleinerziehende und Kinder. Es sei ein Skandal, betonte Margot Käßmann, dass Kinder inzwischen als das größte Armutsrisiko angesehen werden. „Wir müssen den Stellenwert von Kindeserziehung erhöhen“, sagte die Landesbischöfin. Speziell das Betreuungsangebot für Mütter müsse erheblich verbessert werden. Die Krise der Familie bezeichnete Käßmann als die größte Herausforderung der Kirche.

Ferner kritisierte Margot Käßmann den Umbau des Sozialstaates. Die zunehmende Ökonomisierung dürfe nicht dazu führen, dass die schwächsten Glieder der Gesellschaft weiter benachteiligt werden. „Wir gefährden sonst die Würde des Menschen“, befürchtet die Theologin.

Käßmann forderte zudem einen Blick über den Tellerrand hinaus. „Wir müssen uns intensiv mit den weltweiten Problemen beschäftigen“, sagte sie.

Trotz vielfältiger Probleme sollen die Menschen den Kopf nicht in den Sand stecken. „Gott hat uns die Erde anvertraut und wir sind ihm gegenüber rechenschaftspflichtig“, gab sie den Garbsenern mit auf den Weg. dw

MONTAG, 4. FEBRUAR 2002 · NR. 29

„Völlig von Männern dominiert“

Margot Käßmann sieht das Weltwirtschaftsforum kritisch

VON BARBARA-MARIA VAHL

New York. „Es ist eine absolut männerdominierte Veranstaltung – in dieser Auffälligkeit habe ich das seit langem nicht mehr erlebt!“ Das ist das Erste, was Margot Käßmann sagt, wenn sie nach ihren Eindrücken vom Weltwirtschaftsforum in New York gefragt wird. Die Bischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers fügt hinzu, im kirchlichen Bereich traue man sich schon seit langem nicht mehr, große Podien ausschließlich mit Männern zu besetzen. Die Theologin ist die einzige Frau unter insgesamt 40 zum Weltwirtschaftsforum eingeladenen Repräsentanten der Religionen aus aller Welt. Dies werde sie gegenüber dem Präsidenten des Forums, dem in Deutschland geborenen 63-jährigen Klaus Schwab, sicher noch ansprechen, sagte Margot Käßmann.

Als ihre bisher eindrücklichste Erfahrung bei dem Treffen von knapp 3000 Führungskräften aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion, Medien und Zivilgesellschaft beschreibt die Theologin die Eröffnungsveranstaltung – „weil da deutlich wurde, wie Nato, USA und Europa Weltpläne machten. Und mich hat schon ein bisschen fasziniert, als kritische Faszination, dass weder Afrika, Asien, Lateinamerika an diesen Überlegungen beteiligt waren“. Daran werde womöglich die Problematik des Forums erkennbar, dass es nämlich sehr auf Europa und Nordamerika konzentriert sei.

Die Theologin räumt einiges an Vorbehalten gegenüber dem Forum ein. So habe sie sich gefragt, ob die Beteiligung von Religionsvertretern dazu dienen soll, „dass die Globalisierung, wie sie im Moment stattfindet, auch noch den Segen der Religionen bekommt“. Sie frage sich auch, warum die Veranstaltung von der Öffentlichkeit so abgeschottet sei. „Das muss in demokratischen Staaten zu kritischen Nachfragen Anlass geben“, sagt sie zum Auftreten von Demonstranten in New York und anderswo. Zu begrüßen sei in jedem Fall, dass hier Vertreter aus der Zivilgesellschaft ins Gespräch miteinander kämen, die sich sonst nie begegnen würden. Und sie hebt hervor, dass die Wirtschaft offenbar endlich den kritischen Dialog mit Gruppierungen der Zivilgesellschaft aufnehme.

Zu Gast beim Weltwirtschaftsforum in New York: Margot Käßmann.

Zwei Themen liegen der Bischöfin besonders am Herzen. Einerseits möchte sie mit den anderen Religionsvertretern „darum ringen, dass Religion nun endlich ein Faktor der Konfliktentschärfung wird, statt immer wieder Faktor der Konfliktverschärfung zu sein“. Zum anderen möchte sie Wirtschaftsvertreter zu Globalisierungskonzepten befragen. „Das Ziel von Globalisierung kann nur Gerechtigkeit sein, nichts anderes.“ Dass noch immer täglich etwa 24 000 Kinder verhungerten, das müsse im Blick bleiben bei allem wirtschaftlichen Erfolg oder Wohlergehen. „Der Aktienindex ist nicht der einzige Maßstab für ein gutes Leben.“ Entwicklungskonzepte, fügt die Theologin hinzu, müssten auf den Prüfstand gestellt werden. Es gehe darum, die Schuldenkrise, die viele arme Länder knebele, zu überwinden. Ressourcen müssten gerecht verteilt und bezahlt werden.

Dass Kirchenvertreter auf dem Weltwirtschaftsforum in besonderer Weise gehört würden oder gar etwas steuern könnten – das verführe sie nicht zu Illusionen, betont Käßmann. Ihre Kritik trifft auch die eigenen Brüder und Schwestern. Sie habe in New York einen Mangel zur kritischen Selbstreflexion der Rolle der Religionen beobachtet. Da werde das Selbstbild gepflegt, dass doch alle zum Frieden beitrügen und dass allen das menschliche Leben heilig sei. Auf einer Podiumsdiskussion habe sie widersprochen: „Fakt ist doch, dass Religion sich fast immer verführen lässt, einen Konflikt zu verschärfen. Gerade unter den drei großen monotheistischen Religionen – Muslimen, Juden, Christen – hat das immer wieder doch die Welt nicht verbessert, sondern verschlimmert.“ Und was die Heiligkeit menschlichen Lebens anbelange, so sei dies doch naiv: „Die Religionen haben immer wieder auch zum Krieg, zur Bewaffnung aufgerufen.“

Insgesamt sei viel mehr Ehrlichkeit erforderlich, hebt die Bischöfin hervor. Sie wünschte sich eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen (UN), damit Entscheidungen in wirklich demokratischen Prozessen getroffen würden. Aber die UN verzettelten sich in ihren Verflechtungen, seien ebenso ein Jahrmarkt der Eitelkeiten wie das Weltwirtschaftsforum.

„Wenn wir wirklich eine demokratische Alternative bieten wollen zu diesem Forum, dann muss die Konsequenz sein, die UN-Strukturen aus ihren Verkrustungen zu lösen und endlich zu einem handlungsfähigen Instrument zu machen, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist.“ Dann hätten die UN zum Beispiel die Rolle der USA in Afghanistan übernehmen können.